

# Krafsamer Zeitung.

Nr. 247.

Donnerstag den 29. October

1863.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für die Krafsamer 3 fl., mit Beilage 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Kr. für jede weitere Einrückung 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Entstellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Ämtlicher Theil.

Der k. u. k. ungarische Hofkanzler hat den Rechtspracticanten der k. u. k. Hofkanzlei Nicolai v. Fényes zum Honorär-Hofconceptualadjuncten der k. u. k. ungarischen Hofkanzlei ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsam, 29. October.

Wie die „Ntd. Post“ nach Londoner Nachrichten meldet, ist der Versuch, in der polnischen Angelegenheit neuerdings eine gemeinsame, rein diplomatische Action der drei Mächte gegenüber Rußland in Scene zu setzen, gescheitert. Lord Russell hat die österreichischerseits in Vorschlag gebrachte „Declaration“ definitiv abgelehnt und gleichzeitig eine Depesche nach St. Petersburg abgeleitet, in der zwar die früher geltend gemachte Verwirklichungstheorie nicht mehr vorkommt und die Herbeiführung des Ausdrucks wesentlich gemildert ist, die aber nichtsdestoweniger sehr nahe an das frühere Rationnement des edlen Grafen streift. Die englische Depesche constatirt nämlich bloß die Thatsache, daß Rußland für seine Besitzrechte auf Polen sich selbst nicht mehr auf die Verträge von 1815 beruft. „Polen habe“, so argumentirt Fürst Gortschakoff in seinen letzten Erklärungen, „die ihm aus jenen Verträgen zustehenden Ansprüche durch die Revolution von 1830 verlor“; es sei der Macht der russischen Waffen unterlegen. Damit mache Rußland das nackte Recht der Eroberung geltend und damit erkläre es selbst, daß es das Königreich nicht mehr auf Grundlage der Verträge besitze. Diese Thatsache halte England fest. Die Depesche ist, wie schon gesagt, bereits nach St. Petersburg abgegangen. Ueber Frankreichs Absichten verlautet nichts Näheres.

Die „Presse“ bezeugt die Wichtigkeit dieser Angabe und schreibt ihrerseits: Man weiß, daß zwischen dem Wiener und Londoner Cabinet in den letzten vierzehn Tagen eine „Declaration“ vereinbart wurde, welche dem französischen Cabinet zur Annahme vorgelegt werden sollte, und in Folge welcher Lord Russell seine Auerkennungs-Depesche einstellte. Das Notenproject soll nun zwischen Oesterreich und England vereinbart und am 23. d. dem Pariser Cabinet auf telegraphischem Wege mitgetheilt worden sein. Die französische Antwort ist noch nicht bekannt. So lauten unsere Nachrichten. Das Pariser Blatt „La Presse“ glaubt, daß Fürst Metternich, gegenwärtig noch in Wien, die definitiven Entschlüsse Oesterreichs nach Paris überbringen werde. Die gemeinschaftliche Note werde, fügt „La Presse“ ausdrücklich hinzu, kein Ultimatum sein.

Ein Pariser Corr. der „G.-G.“ äußert sich über die Situation wie folgt: Dem französischen Cabinet scheint es in der zugeknöpften Haltung, welche es seinen Allirten gegenüber angenommen hat, nachgerade unheimlich zu werden; heute läßt es durch den „Constitutionnel“ officiös anfragen, ob denn England und Oesterreich noch immer zu keiner Verständigung gelangt wären. Indes liegt die Sache ebenso einfach nicht; wenn das englische Ministerium in einer so capitalen Angelegenheit heute eine Depesche nach St. Petersburg expedirt, und dieselbe morgen auf telegraphischem Wege annullirt, wenn von den Räten der Königin Victoria der eine officiös theoretisirt, und der andere ihn insgeheim desavouirt, wenn endlich das Cabinet der Tuilerien selbst durch seine Publicisten den Frieden predigen und durch seine Diplomaten auf den Krieg hinwirken läßt, kann sich da wohl noch Jemand anderer als Oesterreich über die Verschleppung der Sache beschweren? Kein Zweifel, daß es Frankreich um die polnische Sache Ernst ist, weil es ihm aus einem zeitlich nur zu nahe liegenden Grunde (5. Nov.) Ernst sein muß; aber eben darum sollte es sich nicht auf die Rolle eines passiven Zuschauers beschränken, sondern mit einem eigenen Programm hervortreten. Die Sundepeschen bieten Oesterreich bestimmte Garantien, aber für welchen Fall? Für einen Krieg, auf welcher Basis und mit welchen Endzwecken? Möge der „Constitutionnel“ diese Fragen beantworten und er wird ein Recht haben, den anderen beiden Mächten Sammeligkeit vorzuwerfen. — In Wahrheit ist es Frankreich, welches durch seine Zurückhaltung temporisirt. Der Kaiser Napoleon, scheint es, will die polnische Frage so lange nicht in die Hand nehmen, bis er weiß, wie er mit dem gesetzgebenden Körper steht. Ein Bruchtheil der Opposition in demselben, thiers an seiner Spitze, ist bekanntlich gegen den Krieg, die ministerielle Majorität natürlich gegen die isolirte Action. Wie gesagt also, der eigentliche Hemmschuh liegt in Paris und der „Constitutionnel“ hätte besser gethan zu schweigen, als ihn anderswo zu suchen.

Die „Gazeta Narodowa“ in Lemberg, die über

die geheime Geschichte des polnischen Aufstandes vorzüglich unterrichtet ist, spricht sich folgendermaßen über die gegenwärtige Thätigkeit der polnischen Emigration aus: „Man würde in einen großen Irrthum verfallen, wenn man den Aufstand der Thätigkeit der Emigration zuschreiben wollte. Wenn einst die Zeit gekommen sein wird, den ganzen Verlauf der Erhebung aus Tag und Nacht zu ziehen, dann wird es sich zeigen, wie wenig die Bemühungen der Emigration seit dem Jahre 1846 in der Nation Anklang gefunden haben. Wer die Erscheinung der Jahre 1860 bis 1863 mit aufmerksamem Blicke verfolgte, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Bewegung nicht von außen gebracht wurde, sondern von innen heraus sich entwickelte und daher immer weitere Kreise ergriff. Der Impuls und die erste Leitung ging von 800 polnischen Studirenden der Kiener Universität aus und pflanzte sich dann erst nach Warschau fort. Die thätigsten Mitglieder der späteren National-Regierung gehörten dem Kreise der Kiener Studirenden an, wie Bobrowski, Walewski u. Dies erkannte auch die Emigration, die sich willig der inländischen Leitung unterwarf. Seitdem sind acht Monate verstrichen. Und was für ein Bild bietet sie uns heutzutage dar? Mit blutendem Herzen sehen wir von Neuem die alten Parteien erheben, erblicken wir von Neuem die alten Zwistigkeiten und Intriguen. Alle Briefe, die uns von Paris aus zukommen, stimmen darin überein: Alles, was die Czartoryski, Zamoycki thun, ist schlecht, unpassend und verabschämungswürdig! Alles, was das polnische Comité, Galzowski, Januszkiwicz und Zaleski, zu Stande bringt, ist werth- und nutzlos. Andererseits wird wieder jeder Gedanke verworfen, der aus dem Lager kommt, dessen Organ die „Freie Stimme“, „Polen“ (Brüssel) u. ist. Die alten Schlagworte Aristokratie, Jesuitismus, Socialismus, Demagogie u. s. f. schallen von Neuem an unser Ohr. Jeder Schritt der National-Regierung wird von beiden Lagern vereitelt. Jeder möchte Führer sein, gehorchen Keiner. Vor lauter Kritiken kommen sie zu keinen Thaten. Während das Land von Blut und Thränen überschwemmt wird und die Thaten unaufhörlich einander drängen, vergeudet die dem russischen Drucke entogene Emigration ihre Zeit mit nutzlosen Theorien! Das neue Journal „Polen“ stellt in einer seiner letzten Nummern sogar als seinen Zweck hin: der persönlichen Kritik und den Zwistigkeiten zum Organ zu dienen. Die Czartoryski, die Mikoslawski! ist das Feldgeschrei. Anstatt einverstanden zu wirken, entzweiten sie sich und juchen diese Entzweiung auch ins Land zu tragen.“ Der Aufsatz schließt mit den Ermahnungen an die Emigration, der Größe der Sache eingedenk zu sein und der Hoffnung, daß die Worte vielleicht nicht erfolglos bleiben werden. (s. u. Rußland.)

Die Rede des Fürsten Czartoryski in London, schreibt der Pariser „Corr. der N. Pr. Ztg.“, hat der schon sehr erschütterten Sympathie unserer „Katholiken“ für die polnische Rebellion den Rest gegeben; sie jammern darüber, daß der Agent des geheimen Comité's den „Ultramontanismus“ verleugnet. Wir meinen, die „Katholiken“ hätten von vorn herein begreifen können, daß die polnische Insurrection ein unwürdiges Spiel mit der Religion überhaupt gespielt habe. Auffallend ist es, daß ein Mann wie der Fürst Czartoryski sich zu der mehr als dreifachen Behauptung versteigt, die bauerliche Bevölkerung Polens betheilige sich an dem Aufstande.

Die Regierung, schreibt ein Turiner Corr. der „R. Z.“, beschäftigt sich seit einigen Tagen mit der polnischen Frage, und man erzählt hier, Hr. Nigra habe den Auftrag, in Paris daran zu erinnern, daß Italien sich durch die Vörschläge der Westmächte nicht wird abhalten lassen, in Venetien seine Zwecke zu verfolgen, sobald sich eine Gelegenheit dazu bietet. Von gewisser Seite wird hier nämlich die Befürchtung geäußert, daß Hr. Drouyn de Lhuys den Kaiser bestimmen könnte, Oesterreich seinen gegenwärtigen Bestand zu garantiren, und nicht, wie er früher sich angeboten hatte, in Bezug auf Venetien bloß ein Aequivalent zu bieten.

„La France“ versichert, der jetzt am Comersee befindliche König der Belgier werde nach dem Beluche in Miramare über Compiègne (also nicht über Wien, wie es früher hieß) nach Brüssel zurückkehren.

Der „G.-G.“ meldet man gerüchweise, daß Frankreich von dem Turiner Cabinet die eventuelle Anerkennung des Kaiserthums Mexico förmlich verlangt und dießbezüglich auch bereits eine definitive Zusage, natürlich unter Vorbehalt der Genehmigung des Parlamentes erhalten habe.

In Frankfurt fand am 27. Abends eine Zusammenkunft von etwa 200 Mitgliedern der für den 28. anberaumten großdeutschen Versammlung

und der für den 29. festgesetzten Generalversammlung des deutschen Reformvereins statt. Unter den Anwesenden befanden sich 49 Oesterreicher und unter diesen 38 Böhmen, so wie mehrere Landtagsabgeordnete. Die Auschussanträge, auf Grund von Entwurfen Wydenbrugs und Barnhäusers gefaßt, enthalten 5 Punkte. Die Punkte 1 bis 5 besagen: Die Versammlung erkenne in der Berufung und dem Zusammentritt des Fürstentages eine patriotische That, in der daraus hervorgegangenen Reformacte, für deren Annahme sie sich ausspricht, eine geeignete Grundlage für die Entwicklung der Verfassung Deutschlands, so wie zur festeren Einheit und größeren Freiheit; sie hoffe, daß alle Regierungen und Vertretungen zum Abschluß der Reformacte mitzuwirken haben und der Folgen eingedenk sein werden, welche eintreten müssen, wenn sie die Zustimmung zu der Reformacte verweigern oder unzulässige Bedingungen an dieselbe knüpfen. Der Punkt 4 jagt wörtlich: Die Versammlung billigt, daß zur Herstellung der noch fehlenden Einheit jedes mit dem Grundgedanken der Reformacte vereinbare Entgegenkommen statfinde, sie empfiehlt aber, daß auch bei noch nicht gelöstem Gegensatz die Durchführung der Reformacte innerhalb der Grenzen des bestehenden Rechtes, namentlich durch baldige Berufung der Abgeordneten der geeigneten Staaten, gefördert werde. In Punkt 5 wird, falls eine Revision die Reformacte in der ursprünglichen Fassung wiederherstellen sollte, eine zweijährige Periode für die regelmäßigen Abgeordnetenversammlungen und die Festsetzung einer bestimmten Zeitfrist für die Neuwahlen der Abgeordneten empfohlen. Am demselben Tage traten 27 große deutsche Redactionen zu einer Berathung zusammen.

Der Wiener Corr. der „Böh.“ schreibt: Sie haben wohl auch von den sechs schweren Kriegsschiffen Notiz genommen, welche der ohne Zweifel gutgemeinte, aber übelberathene Eifer des Wiener Corrs. eines Hamburger Blattes aus dem Adriatischen Meere zum Schutz der deutschen Küsten nach der Nordsee defingirt sein läßt. Sie dürfen überzeugt sein, daß die Ausrüstung und Absendung einer derartigen Expedition noch keinen Augenblick in Frage gestanden hat, und zwar schon aus dem vor der Hand genügenden Grunde, weil man die volle Ueberzeugung hat gewinnen können, daß Dänemark die Bundesexequcution nicht als Kriegsfall betrachten wird.

Der herzoglich sachsen-altenburg'sche Minister, Herr v. Larisch, ein ehemaliger preussischer Landrath und Kreuzzeitungsman, hat sich, wie aus Leipzig geschrieben wird, bemüht gefunden, im gleichen Modus wie das preussische Staatsministerium einen Bericht an Se. Majestät über die Reformacte zu entwerfen — was ein unschuldiges Vergnügen wäre — der die Bestimmungen derselben schulmeisterlich durchgeht. Der Bis liegt aber darin, daß dieser Bericht von der herzoglich sachsen-altenburg'schen Regierung nunmehr im diplomatischen Wege den übrigen deutschen Regierungen mitgetheilt wird: das Gutachten eines altenburg'schen Ministers an seinen Herzog als ein diplomatisches Actenstück zur Belehrung von Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover u. s. w.

Die erste Depesche des Carl Russell, vorgelegt in der Bundestagsitzung vom 22. Oct., ist an die königlich großbritannischen Gesandten in Wien und Berlin gerichtet und lautet nach der „R. Ztg.“ wie folgt:

Foreign-Office, 27. Mai 1863.

Mein Herr!

Ihrer Majestät Regierung hat mit vieler Besorgnis vernommen, daß die Bundesversammlung in Frankfurt damit umgeht, eine Bundes-Exequcution in Holstein in Erwägung zu ziehen. Ohne die Bekanntmachung des Königs von Dänemark vom 30. März zu erörtern, ertheilt Ihnen Ihrer Majestät Regierung die Weisung, zu sagen, wie wünschenswerth es sei, daß die in Europa bestehenden Verwicklungen und Gefahren nicht noch vermehrt werden. Oesterreich und Preußen haben im Jahre 1861 abgelehnt, in den Angelegenheiten von Holstein zu unterhandeln, ohne zugleich jene von Schleswig zu ordnen. Aber die Angelegenheiten von Schleswig sind Gegenstände von internationaler Natur, und sollten mit der größten Ruhe und Ueberlegung von den europäischen Großmächten erörtert und können nicht von der Bundesversammlung in Frankfurt entschieden werden.

Die zur Mittheilung an die Bundesversammlung bestimmte, am 18. d. übergebene Depesche des Carl Russell an Sir Alexander Malet vom 14. Oct. lautet in der officiellen Uebersetzung:

Mein Herr!

Wollen Sie dem Präsidenten der Bundesversammlung vorstellen, daß Ihrer Majestät Regierung Grund habe, zu glauben, es werde die Antwort, welche Dänemark der Bundesversammlung geben wird, seine Bereitwilligkeit zeigen, das Patent vom 30. März im Sinne des Bundes-

Beschlusses vom März 1860 zu modifiziren, d. h. dasselbe provisorisch zu machen, bis die definitive Stellung Holsteins mit Deutschland vereinbart ist. Auf diese Weise werden die holsteinischen Stände ihre constitutionellen Privilegien als durch das königliche Patent anerkannt beibehalten. Aber wenn dies geschieht, dann hofft Dänemark Aufschub der Bundesexequcution zu erlangen.

Sie wollen dem Präsidenten der Bundesversammlung vorstellen, daß eine Bundesexequcution selbst in der Voransetzung, daß sie genau auf Holstein beschränkt bleibe, nicht erfolgen könnte, ohne die schon bestehenden Schwierigkeiten zu vergrößern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die dänische Regierung hierauf mit Repressalien und einer dem deutschen Handel sehr nachtheiligen Blockade erwidern würde. — Aber solche Maßregeln würden in Deutschland so viel Erbitterung hervorrufen, wie die Bundesexequcution in Dänemark. Es würde sonach der Streit vergiftet werden, Ansprüche auf Entschädigung würden von beiden Seiten erhoben werden, und neue Schwierigkeiten sich einer friedlichen Ausgleichung entgegenstellen. Sollte dann wieder der Krieg auf Schleswig und Jütland ausgedehnt werden, so wäre in Erinnerung zu bringen, daß Oesterreich und Preußen sowohl wie Großbritannien und Frankreich durch den Vertrag vom Jahre 1852 verpflichtet sind, die Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks zu achten. Die Verpflichtungen würden natürlich erfüllt, könnten aber neue Verwicklungen in Frankfurt hervorbbringen.

Ihrer Majestät Regierung läßt die Ansprüche des Bundes in Holstein und Lauenburg völlig gelten, ist aber der Ansicht, daß, wenn die Forderungen der Bundesversammlung auf die deutschen Herzogthümer sich beschränken, dieselben ohne Bundesexequcution und ohne sich den mit der Ergreifung einer solchen äußersten Maßregel verbundenen Gefahren aussetzen, befriedigt werden könnten.

Sie sind angewiesen, dem Präsidenten der Bundesversammlung eine Abschrift dieser Depesche zu geben.

An Sir Alex. Malet, Baronet. Russell.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Die vom Herrenhaus in der Sitzung vom 27. d. in Gemäßheit des von Freiherrn v. Baumgartner gestellten Antrags, die Section mit Rücksicht auf die Mitglieder für Siebenbürgen auf die Zahl von 22 zu vermehren, neu gewählten Mitglieder sind: Freih. v. Popp, Böhmstetten, Graf Hartig, Bischof Schaguna, Fürst Zablonowski, Bischof Fogarassy, Baron Hennet, Hr. v. Bruckenthal, Fürst Schwarzenberg, Superintendent Haase, Cardinal Rauscher, Dr. Miklosich, Graf Kuffstein, Altgraf Salm, Graf Auerberg. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Der Auschussbericht über die Lemberg-Gzeronowitzer Bahn, verfaßt von dem Berichterstatter Dr. v. Mühlfeld, umfaßt 70 Druckseiten und ist eine ebenso objective als gründliche Arbeit, welche eine sachliche Darstellung des Sachverhaltes gibt, auf Grund dessen der Auschuss zu dem Schlusse gelangt ist, auf die Garantiebewilligung anzutragen, indem es „in Anbetracht des großen Nutzens und der wichtigen Vortheile der Eisenbahnverbindung gegen alle Billigkeit, ja Gerechtigkeit wäre, dieselbe den theilhaftigen Ländern Ostgalizien und der Bukowina noch länger zu versagen.“ Der Auschuss hat zuerst reichlich erwogen, ob diese Eisenbahn für das öffentliche Interesse eine solche Bedeutung habe, daß eine Unterstützung von Seite des Staates gerechtfertigt sei, und hat diese Frage aus wohlverwogenen und im Berichte ausführlich dargestellten volkswirtschaftlichen, finanziellen, politischen und militärischen Gründen bejaht. Was die Höhe der beanspruchten Garantie betrifft, so hat der Auschuss die sachverständigen Herren Albert v. Klein und den Ingenieur E. v. Klemensiewicz vernommen und beide haben erklärt, daß der Betrag von 775.000 fl. per Meile das Bau-capital nicht zu hoch gegriffen sei. Herr v. Klemensiewicz legte insbesondere über Aufforderung des Auschusses eine Kostenberechnung vor, welcher zufolge die Bahnlänge 37 1/2 Meile betrage und die Gesamtkosten derselben sich auf 29.230.000 fl. in Silber belaufen, wobei übrigens die allfälligen Gewinne und Verluste nicht berücksichtigt sind, welche aus dem börsenmäßigen Course bei Placirung der Actien entstehen können.“ Diese Approximativrechnung legte der Auschuss seiner Aufstellung und seinem Antrage zu Grunde und es ist im Berichte überzeugend dargehan, daß bei dem Course der österreichischen Bahnactien von durchschnittlich 25%, unter ihrem Nominalwerthe auch die Actien der neuen Eisenbahnunternehmung um ein Beträchtliches werden hintangegeben werden müssen, und wenn man den Unterschied des Emissionspreises zum Nominalwerthe nur mit 6% annehme, so macht der hiedurch begründete Capitalverlust bei dem veranschlagten Baucapitale von 31 Millionen Gulden



in Silber nicht weniger als 1,860.000 fl. Dieser Verlust ist unzweifelhaft unter die Auslagen der Gründung der Eisenbahnunternehmung und daher zu den Anlagekosten zu rechnen; damit allein schon wird die Ziffer von 1,770.000 fl., um welche das von Herrn v. Klemeniewicz berechnete Anlagecapital pr. 29,230.000 Gulden geringer ist, als das präliminierte pr. 31 Mtl. Gulden um 90.000 fl. überschritten, nachdem in der ersten Summe ja aber die Coursdifferenzen bei Placierung der Aktien nicht berücksichtigt sind. Nimmt man den Betrag von 29,230.000 fl. zur Grundlage und überlegt man den Differenzbetrag 1,770.000 fl. in der Erhöhung des zu gewährenden Zinsbetrages, so erhöhen sich die angenommenen 5 1/2 % Zinsen nicht einmal auf volle 6 Percent. Es wird also im Grunde nicht einmal ein Prozentiger Zinsanspruch gestellt, welcher nach dem Zinsfuß in Oesterreich und nach dem bei anderen vorteilhaften Aktienunternehmungen stattfindenden Dividenden-Verträge bisher nur gerechtfertigt ist und den man sich um so mehr gefallen lassen kann, als hier Kapitalien in das Land gezogen werden.

Die den Unternehmern auferlegten Verpflichtungen, soweit sie von der vorgelegten Concessionsurkunde abweichen, bestehen a) in der Verpflichtung den inländischen Schienen bei gleicher Qualität und gleichen Preisen an Ort und Stelle gestellt vor den ausländischen den Vorzug zu geben; b) in der Erniedrigung der Maximalfrachtpreise für Getreide auf 1 fl. 9 kr. und für Holz auf 1 fl. 7 kr. pr. Zollcentner und Meile unter Voraussetzung voller Wagenladung; c) in der Unterwerfung der Actionäre und ihrer Rechtsnachfolger insbesondere der Actiengesellschaft soweit es sich um die ihnen zustehenden Rechte und obliegenden Pflichten in Ansehung der Eisenbahnunternehmung und was damit im Zusammenhange steht, unter die österreichischen Gesetze, Gerichts- und andere Behörden handelt.

Vorgestern hat der Finanzausschuß eine sehr interessante Sitzung gehalten. Auf der Tagesordnung stand Senes Bericht über das Nothstands-Anlehen. Anwesend waren von Seite der Regierung: Finanzminister v. Plener und Herr v. Papay, Hofrath der ungarischen Hofkanzlei. Der Bericht wurde verlesen. Graf E. Rinsky stellte die Anfrage, ob der ungarische Hofkanzler zur Sitzung eingeladen worden sei? Der Zustellungsbogen wies die erfolgte und wohlbestellte Einladung aus. Giska beantragte, den Hofkanzler nochmals einzuladen, damit er sich erkläre, ob er sich gleich den andern Ministern dem jetzt versammelten Reichsrathe verantwortlich halte. Denn durch den beantragten Gesetzentwurf sollen der Hofkanzlei Credite bewilligt und nach Art. VII soll der Hofkanzler im Verein mit dem Finanzminister mit dem Vorschlag des Gesetzes beauftragt werden. Der Finanzminister sprach seine Ansicht dahin aus, daß der bezogene Artikel selbstverständlich eine solche Verantwortlichkeit involvire. Hierüber wurde der Zweifel erhoben, ob diese Ansicht auch die des Herrn Hofkanzlers sei? Herr v. Hopfen machte die Mittheilung, daß eine Zuschrift des Hofkanzlers an das Präsidium des Abgeordnetenhauses eingelangt sei. Dieselbe wurde gelehrt. Inzwischen nahm die Debatte in der lebhaftesten Weise ihren Fortgang. Schindler, Herbst, Kuranda, Hopfen, Demel, Rinsky sprachen sich für das Erscheinen des Hofkanzlers im Finanzausschuß aus, der Hofkanzler müsse nun Farbe bekennen, der zweifellos constituirte Gesamt-Reichsrath lasse keine Ausflucht zu u. s. w. Die sodann eingetragene Zuschrift des Hofkanzlers wurde verlesen. Aus derselben geht hervor, daß Hofrath v. Papay nicht eigentlich Vertreter des Hofkanzlers sei, sondern nur gleichsam als ad latus des Finanzministers zur Ertheilung sachlicher Aufschlüsse im Ausschuße erschienen war. Herr v. Papay bemerkte selbst, daß der Herr Hofkanzler das politische Moment bei Seite gelegt habe, war aber bereit die Erklärung abzugeben, daß er in Vertretung des Herrn Hofkanzlers erschienen sei. Dieß wurde mit Rücksicht auf den Inhalt der verlesenen Zuschrift nicht als zulässig angesehen. Schließlich einigte man sich in dem Beschlusse, den Herrn Hofkanzler, nachdem laut Zuschrift desselben dem Rechte des Ausschusses nach §. 7 der Geschäfts-Ordnung nicht entsprochen ist, durch das Präsidium für Donnerstag Nachmittag in den Finanzausschuß einzuladen. Hierbei war mit Rücksicht auf die citirte Gesetzesstelle die Ansicht maßgebend, daß sich der Herr Hofkanzler auch durch einen Stellvertreter, der aber zu seiner Vertretung im Ausschuße ausdrücklich ermächtigt sei, vertreten lassen und so seine Verantwortlichkeit vor dem Gesamt-Reichsrathe manifestiren könne. Die neugewählten Siebenbürger haben erklärt, der Nothstand sei dringend, man solle die Angelegenheit nicht durch formelle Bedenken verzögern. Schließlich stimmten sie jedoch mit Rücksicht auf die staatsrechtliche Natur der Frage mit der Majorität. Die Verathung wurde dahin bis Donnerstag vertagt.

Gleich nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. d. hielt der Finanzausschuß ebenfalls Sitzung und berieth über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen. Die Section hatte beantragt, die Kosten des separaten Zahlantrages dieses Ministeriums zu streichen und der Regierung anheim zu geben, das hienach vorübergehend eintretende Erforderniß zur systemmäßigen Behandlung der betreffenden Beamtens als außerordentliche Ausgabe in das Budget einzustellen. Der Finanzausschuß adoptirte den Sectionsantrag. Ebenso wurden nach dem Sectionsantrage Gehalt und Funktionszulagen des Gesandten beim Könige beider Sicilien, dann von der für den Botschafter in Rom geforderten Funktionszulage der Betrag von 20.000 fl. nach lebhafter Discussion gestrichen. Die Funktionszulage für den Militärbevollmächtigten in Rom wurde im Etat des Auswärtigen gestrichen, da sie in's Armeebudget übertragen wird.

Die siebenbürgischen Mitglieder des Ausschusses stimmten consequent für den Abstrich.

Der Antrag des Finanzausschusses betreffend die neue Anleihe lautet: Zur Deckungsbedeckung einen Betrag von 12 Millionen und für den Fall, als die Lurus-, Personal- und Classensteuer nicht, oder nicht in dem veranschlagten Betrage bewilligt würde, einen weiteren Betrag von 16,125.200 fl. im Wege des Credites zu beschaffen und außerdem die im Besitze der Finanzverwaltung befindlichen 1,775.000 fl. Metall-Obligationen und 2,840.000 fl. Grundentlastungs-Obligationen zu veräußern und den Erlös (zusammen nach dem Durchschnittscurse von 75 mit 3,461.250 fl. angenommen) zu demselben Zwecke zu verwenden. Zur Einlösung der Münzleihe ist ein Betrag von 12 M., zur Verminderung der Hypothek-Anweisungen auf 80 Millionen, ein Betrag von 20 Millionen zu bewilligen. Die Cassabestände sind stets in dem Betrage von 25 Millionen Gulden aufrecht zu erhalten und der Finanzminister wird zu diesem Behufe ermächtigt, ausnahmsweise weitere 20 Millionen Hypothekarscheine, jedoch nur gegen dem auszugeben, daß zum Schlusse der Finanzperiode die Gesamtsumme der hinausgegebenen Hypothekaranweisungen wieder auf den Betrag von 80 Millionen zurückgeführt werde. Bezüglich der Controle über die Hypothek-Anweisungen durch die reichsräthliche Staatsschulden-Controllcommission wird durch besondere Bestimmungen Vorkehrung getroffen. Darnach würde sich das Anlehen mit 44 Millionen, eventuell mit 60,115.200 fl. (ausschließlich des hier nicht berührten Nothstandsanlehens) beziffern.

Wie man dem „P. Napló“ aus Wien schreibt, hätte sich der ungarische Hofkanzler bereits mit der Idee befreundet, für den nächsten Frühjahr den Landtag einzuberufen. Auf welcher Basis, unter welchen Modalitäten, vermag der Correspondent nicht zu sagen.

„Narodne Novine“ beginnen in der neuesten Nummer einen Cyclus von Artikeln zu Gunsten der Bescheidung des Reichsrathes von Seite der Kroaten. In dem ersten Artikel wird darauf hingewiesen, daß die vor dem Jahre 1848 bestandene Gesetzgebung, welche übrigens dem croatischen Landtage kein eigentliches Gesetzgebungs-, geschweige ein Steuerbewilligungsrecht einräumen, durch die jetzige Organisation der politischen und Gerichtsbehörden, durch die Beibehaltung der österr. materiellen und formellen Civil- und Strafgesetze, durch die Gleichstellung Aller vor dem Gesetze und durch die erweiterten Befugnisse des Landtages u. s. f. eine durchgängige Umwandlung erfahren haben.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. October.

Bei der gestrigen Audienz überreichte eine Deputation der Stadt Eger Sr. Maj. dem Kaiser eine äußerst geschmackvoll ausgestattete Adresse anlässlich der deutschen Krone. Sr. Maj. nahm dieselbe überaus huldvoll entgegen und bemerkte: „Es freue ihn, daß die Stadt Eger ein so lebendiges Interesse an der deutschen Frage nimmt und in derselben Veranlassung findet, ihrer Ergebenheit und Anhänglichkeit an seine Person Ausdruck zu geben.“

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna ist gestern Abends nach 7 Uhr, von Italien kommend, in Schönbrunn eingetroffen und wird heute Nachmittag ihre Reise nach Prag fortsetzen. Am Bahnhof wurde Ihre Majestät von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen.

Gestern Nachmittag 2 Uhr hat bei Sr. k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Rainer ein Ministerrath stattgefunden.

Der Aufenthalt des Botschafters Fürst Metternich in Wien dürfte acht Tage dauern. Der Fürst wird in der Herrenhaus-Sitzung erscheinen.

Se. Exc. der Fürst Primas von Ungarn wird sich, wie „Id. tan.“ berichtet, im Verlaufe dieser Woche nach Wien begeben, um mit Mgr. Falcinelli persönlich zusammenzutreffen.

Das Bankett zu Ehren der siebenbürgischen Abgeordneten wird morgen Nachmittag im Hotel Münch abgehalten werden.

In Bezug auf die Besetzung der Oberstlandmarschallstelle für Böhmen verlautet nach der „Boh.“ neuerdings viel viel Bestimmtheit, daß Graf Rothkirch für diesen Posten ernannt sei und sich auch bereit erklärt habe, denselben anzunehmen. Für den Fall, als die Stelle des Oberstlandmarschalls-Stellvertreters vacant werden sollte.

Bischof Strohmayer, war bei seiner Anwesenheit in Prag am 25. u. 26. d. der Gegenstand mehrfacher Ovationen von Seite unserer czechischen Nationalen. Als er am 25. Abends in Begleitung des Herrn Dr. Kiezer das czechische Theater besuchte, brach das Orchester mitten in der Ouverture ab und begrüßte den Gast mit einem dreifachen Zusch. Daß das Publicum in laute Zivios und Clawas ausbrach, versteht sich von selbst. Gestern Abend sollte dem Hr. Bischof ein Fackelzug gebracht werden; die Polizeidirection verlagte jedoch die Bewilligung hierzu. Dafür wurde in der Bürgerressource eine Gekangs-Adademie dem Gaste zu Ehren arrangirt. Während der Herr Bischof oben empfangen wurde, sammelten sich am Graben vor dem Gebäude, in welchem die Bürgerressource sich befindet, einige hundert Menschen, darunter eine nicht geringere Zahl jener hoffnungsvollen Jugend, die vorzugsweise auf der Straße zu Hause ist. Von Zeit zu Zeit stieß in dem Menschenhaufen jemand einen Clawa- oder Ziviorus aus, der dann mehrmaliges Echo fand. Nachdem dies so etwa drei Viertelstunden lang angebauert, ohne daß übrigens die Ordnung dabei im mindesten gestört worden wäre,

erschien der Hr. Bürgermeister Belsky mitten in der Volksmenge und ergriff dieselbe, ruhig auseinander zu gehen. Die Menge gehorchte. Dem „Glas“ zufolge hätte Hr. Bischof Strohmayer, der bekanntlich zu den Gegnern der gegenwärtigen Regierung gehört, von der kroatischen Hofkanzlei selbst den Wink bekommen, sich auf einige Zeit ins Ausland zu begeben.

Am 27. d. fand aus Anlaß der glücklich vollbrachten Regulierung des Plattenjess am Gestade des Balaton ein Fest statt: Der Statthalter Graf Moriz Palffy nahm an der Festlichkeit Theil, außerdem wurde der Einladung des bei der Plattenjessregulierung als königlicher Commissär fungirenden Grafen Franz Zichy von mehreren Vertretern der Hofkanzlei, der Statthalterei, der Akademie, des Landesagrikulturreinens, der früheren Regulierungsgesellschaften, der Presse, und von mehreren technischen Notabilitäten Folge gegeben. Auch das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes war durch ein Mitglied (Dr. Schindler) vertreten. Die Sandbühne, welche den neu angelegten Abzugskanal der Sie von der Wassermasse des Balaton trennt, wurde in Gegenwart der Gäste durchstochen und die Fluthen des Sees stürzten sich mit brausender Gewalt in die Sie, deren Niveau einige Schuh tiefer gelegen ist, als der Wasserspiegel des Balaton. Der Besichtigung der Bauten folgte ein Dejeuner, welches in der glänzend decorirten Localität des Bahnhofes eingenommen wurde. Den ersten Toast brachte Graf Franz Zichy auf Sr. Majestät den König aus. Er sagte unter Anderem: „In diesem Vaterlande ist der erste Ungar — der König, in welchem die Nation den Hüter ihrer Constitution, den Schirm ihrer Freiheit, die reichste Quelle bürgerlicher Rechte und den mächtigsten Beschirmer und Förderer der innerhalb dieser Rechte zu Stande gekommenen gemeinnützigen Unternehmungen zu verehren liebt. In dieser Beziehung haben wir auch bei unserem gegenwärtigen Unternehmen Vieles und in reichem Maße von Sr. Majestät unserem Herrn und König genossen. Ich glaube daher, daß ich den lebhaftesten Widerhall finden werde, wenn ich mein Glas für die a. h. Person Sr. Majestät, unseres Herrn, erhebe, indem ich wünsche, daß der Allmächtige Se. k. apostolische Majestät, unserem glorreich regierenden König lange leben lasse und gestatten möge, daß Se. Majestät je früher mit der Krone unseres Königes, des heiligen Stephan, geschmückt, glorieus über uns herrschend in unserer Mitte viele Jahre lebe.“ Dieser Toast wurde mit stürmischen Esen aufgenommen. Nachdem dem Statthalter Ungarns, dem Fürsten Paul Esterhazy, den Matadoren der Balaton-Regulierung dem Grafen Zichy und Herrn v. Janowich, dem Freiherrn Josef Schwöb u. s. w. Toaste ausgebracht wurden, brachte der Reichsabgeordnete Dr. Schindler „der edlen ungarischen Nation“ ein Toast in deutscher Sprache aus. Redner betonte das Gefühl der Zusammengehörigkeit, welches die Stämme Oesterreichs befele, und sprach die Ueberzeugung aus, daß der Tag der Vertänigung nicht mehr lange werde auf sich warten lassen. Diese beifällig aufgenommenen Worte erwiderte Koway mit einem Hoch auf den Redner, und nachdem nach Beß Gereben mit einem launigen Apercu die Reihe der Desfertreden abgeschlossen, erbot sich die Gesellschaft von der Tafel, und nach einer kurzen halben Stunde entführte sie ein Ertrazug nach der Heimat.

Der „Triest. Ztg.“ schreibt man aus Venedig: „Die verschiednen abgeschmackten Nachrichten von einer Vergiftung, welche sich in Folge eines plötzlichen Todes des Herrn Perego, Redacteurs des „Giornale di Verona“, an dieses Ereigniß knüpfen, sind nun durch die chemische Analyse des Magens und der Eingeweide als grundlos dargelegt worden (das Provincialgericht in Verona hat die gerichtliche Leichenschau vorgenommen und nichts gefunden, was den Verdacht einer Vergiftung bestätigte). Herr Perego ist einfach an einer Gehirnarterien-Verengung gestorben, die er sich in Folge allzustarker Genußes von spirituellen Getränken zugezogen hat. Perego hatte zwar geheuchelt, aber da die Mundsperrre plötzlich eingebraten, nicht communicirt, und deshalb macht die Curie Anstände gegen sein christliches Leichenbegängniß. Ueber das Weitererscheinen des Blattes ist bereits entschieden.“

## Deutschland.

Preußen sendet zur Verathung der militärischen Commissarien in Frankfurt a. M. über die Bundes-Execution den Generalstabschef Fehrn. v. Moltke. Ueber den Conflict, welchen die beiden Wielopolski in Homburg hatten, schreibt die „Europe“: Am 25. d. Nachmittags saßen die zwei Söhne des Grafen Wielopolski am Spieltisch im Cursaal von Homburg. Capitän Danielesti, von der polnischen Insurrections-Armee im Jahre 1830, gab seiner Entrüstung über Sigismund, den ältern Sohn des Grafen Wielopolski, welcher als Bürgermeister von Warschau an den Maßregeln seines Vaters so thätigen Antheil genommen, einen sehr lebhaften Ausdruck. Er näherte sich dem Grafen Sigismund und sagte zu ihm in polnischer Sprache, er solle sich schämen, öffentlich vor seinen Landsleuten zu erscheinen, nachdem er das Vaterland beschimpft und das Blut der besten Polen vergossen habe. Der Graf antwortete nicht und setzte das Spiel fort. Bald darauf stand er auf, sprach mit seinem Bruder und fragte nun den Capitän in sehr unangenehmen Ausdrücken nach seinem Namen. In solcher Weise interpellirt, ließ Capitän Danielesti seiner Entrüstung freien Lauf. Da stürzte der Graf sich auf ihn und es kam zu Thätlichkeiten. In demselben Augenblicke zog der jüngere Marquis Wielopolski einen Revolver hervor und zielte auf Danielesti; aber eine der nebenstehenden Personen schlug ihm den Arm herab und entriß ihm die Waffe. Die Gräfin Risseff, welche auf den entzündeten Lärm herbeigekommen war, befand sich, als Wielopolski schießen wollte, zwischen diesem und dem Capitän. Die beiden Wielopolski verließen nach Abends Lomburg. Sie hatten der Polizei ihre Pässe und die besondere Erlaubniß, Waffen mit sich zu führen, vorgewiesen.

## Frankreich.

Paris, 25. Oct. Drei Mitglieder der mexicanischen Deputation, darunter der Pater Miranda, begeben sich heute Abend nach Rom. — die Unterhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich in Betreff der Herabsetzung des Preises der telegraphi-

schen Depeschen haben begonnen. Eine einfache Depesche soll in Zukunft nur 3 Franken kosten. — Heute fand das erste Herbst-Wettrennen in Vincennes statt. Diefelben wurden bekanntlich letztes Jahr eingerichtet. Der Kaiser wohnte demselben nicht an; Prinz Murat vertrat ihn. — Diesmal erwartet man in Compiegne auch den König der Belgier, der, von seinem Ausfluge in Italien wiederkehrend, dem Kaiser einen Besuch abstatten will. — Baron Talleyrand ist heute auf seinen Botschafterposten nach Berlin zurückgekehrt. Lord Cowley hat nach sechswochentlicher Abwesenheit hier die Leitung der britischen Gesandtschaft wieder übernommen. Fürst Metternich wird in der ersten Novemberwoche aus Wien wieder hier eintreffen.

Die Ernennung Mr. Delangles zum ersten Vizepräsidenten des Senates, schreibt man dem „Botschafter“ aus Paris, schließt die Neubestellungen in der Administration, welche durch Billault's Tod hervorgerufen worden waren. In der Kammer werden also sechs Männer die Politik der Regierung vertreten, die Herren: Boucher, Roulland, de Torieu, Forcade, Chaur d'Estanges und Buitry, ohne die die Commissäre zu rechnen, welche von der Regierung für Fragen untergeordneter Bedeutung bestellt werden. Nach dem Tode Turenne's ernannte der König acht Marschälle von Frankreich: Voilà la monnaie de Mr. de Turenne! jagte Madame de Sévigné \*).

General Montebello's Rückkehr auf seinen Posten in Rom ist, wie man der „M.Z.“ schreibt, noch nicht ausgemacht, und mit Unrecht wurde von einem officiellen Blatte behauptet, er werde heute oder morgen abreisen.

## Italien.

General M u r a w i e s s, schreibt das „Vaterland“, wollte kürzlich einen jungen polnischen Insurgenten haben und ließ, da seine ausgesandten Schergen weder diesen noch dessen Vater fanden, die Mutter einfangen und ins Gefängniß werfen, wo sie nun seit mehr als einem Monat mit einem dreimonatlichen Säugling schmachtet. Wir wollen sehen, wie der Minister vor dem Parlament — doch halt, es ist ja gar nicht Murawiew, sonst wüßte es schon die ganze Welt; die Geschichte spielt auch nicht in Polen, sondern in Sicilien, der Insurgent ist ein Recrutirungsflüchtling Namens Josef Pappalardo aus Troina, besagte „Scherger“ sind vielmehr Truppen des Königs-Ehrenmanns, die auf Recrutirungsflüchtige in Sicilien Jagd machen, das unter der bourbonischen Tyrannei keine Recrutirung kannte. Sonst ist die Geschichte richtig, der „Peregrino“ von Palermo und nach ihm ein Turiner erzählen sie. Die arme Mutter heißt Schiavetta di Dio, aus dem Gefängniß von Troina wurde sie in das von Nicotia, dann in das von Regaluto gebracht, und der „Peregrino“, um den angefangenen Satz zu vollenden, fügt bei: „Wir wollen sehen, wie der Minister des Innern im Parlament solche Thaten rechtfertigen wird, die, in Sicilien begangen, bei den officiellen Blättern das einzige Mittel heißen, um die unruhige Bevölkerung zu regieren, in Polen aber verübt, denselben Blättern Stoff zu donnernden Strafreden gegen Rußland und seine Proconfuln geben.“ Wir unsererits bemerken, daß dieser Fall des Recrutirungsflüchtlings keineswegs vereinzelte ist. Kürzlich trieb man eine ganze Schaar von Weibern nach Catania, um ihre Söhne und Brüder zur Stellung zu zwingen.

Der „Köln. Ztg.“ meldet man aus Turin, 22. October: Garibaldi befindet sich besser, obgleich er seine Krücken noch nicht beiseite legen konnte. Der General führt bereits sein gewöhnliches Leben. Er steht mit Morgenanbruch auf, um zu angeln, was er sehr wohl versteht, und bei welcher Beschäftigung sein gewohntes Glück ihm treu bleibt. Er steht in sehr lebhaftem Verkehr mit den Führern der Actionspartei, welche wieder sehr eifrig ist.

Alexander Herzen befindet sich gegenwärtig in Neapel, wo seine Familie bereits seit mehreren Monaten weilte.

## Rußland.

Aus Rußland, 22. Oct. schreibt man der „Pol. Ztg.“: Die Truppenjagden nach Polen haben seit einigen Tagen nachgelassen, und soll die in letzter Zeit nachgesandte Truppenzahl sich auf 20.000 Mann belaufen, so daß gegenwärtig eine Macht von 142.000 Mann im Königreich auf dem Kriegsfuß steht. Am 18. langte wieder ein gegen 200 M. harter Transport Gefangener an, welche von Petersburg sofort weiter expedirt wurden. Die bis heute aus Polen gebrachten Gefangenen sollen zusammen noch nicht die Zahl von 2800 Mann erreichen, wogegen ausländische Zeitungen von 4 bis 5.000 berichten. Von sämtlichen bis jetzt nach Rußland gebrachten Gefangenen aus dem polnischen Aufstande sind nur 530 nach Siberien abgeführt, die übrigen aber meist ins Innere des Reiches gebracht und Regimentern einverleibt worden. Wie man aus Kronstadt hört, ist am 1/13. d. daselbst der Bau eines neuen Forts in Angriff genommen worden, das zum größeren Schutz einer Einfahrt dienen und bis Juni f. J. fertig sein soll. Auch heißt es, daß noch 3 neue Panzerregatten nach dem Modell der aus England bezogenen in inländischen Maschinenbau-Anlagen gefertigt werden sollen.

Der „Ditsee & Ztg.“ schreibt man: Eine ähnliche Zurückhaltung, welche trotz aller Aufreife und Beipre-

\*) In Ermangelung eines gleich werthvollen Stückes hat auch diesmal die Regierung Kleingeld in approximativ gleichem Betrag suchen müssen. Für den Franken Billault hat sie zwanzig Sous-Stücke in die Kammer geschickt. Das will der Ausdruck: Voilà la monnaie de Billault! sagen. Werthvollerweise überlegt der Pariser Corr. des „Botschafter“: Das sind die vielen Leute von Billault's „Gepäck“. Werden die Pariser Correspondenzen des „Botschafter“ französisch geschrieben und in Wien überföhrt oder überhaupt in Wien geschrieben? Daß ein Pariser Corr. der französischen Sprache so wenig mächtig sein sollte, ist wohl nicht anzunehmen. Die Red.



hungen der revolutionären Regierung die Masse der polnischen Bevölkerung der Insurrection gegenüber bewahrt, hat auch die polnische Emigration bis jetzt bewiesen. Von sämtlichen polnischen Emigranten, die in den verschiedenen Ländern Europas und selbst Amerika's zerstreut leben und deren Zahl mindestens 6000 beträgt, haben sich nach den gewiss sicheren Angaben polnischer Blätter kaum 200 nach Polen begeben, um in die Reihen der Insurgenten zu treten. Am stärksten war der Zudrang der Emigranten nach dem Lande in den beiden ersten Monaten der Insurrection, im Frühjahr ließ er immer mehr nach und hörte im Sommer ganz auf. Viele von denen, welche so im ersten Rausch der Begeisterung sich um die Kasse des Aufstandes geschaart haben, verließen dieselbe im Laufe des Sommers wieder und kehrten freiwillig ins Exil zurück. Die Zurückhaltung der Emigranten vom Aufstande muß um so auffälliger erscheinen, als gerade die Emigration am meisten zur Erregung desselben beigetragen und von jeher das Recht für sich in Anspruch genommen hat, den polnischen Patriotismus vorzugsweise zu repräsentieren. Sie findet aber ihre Erklärung in der Abneigung und dem Mißtrauen, von denen die Czartoryski'sche und die social-demokratische Partei gegen einander erfüllt sind. Sobald die Czartoryski'sche Partei die Leitung des Aufstandes fast ausschließlich in ihre Hand bekam, suchte sie die fast durchweg demokratisch gesinnte Emigration möglichst von demselben zurückzubehalten, weil sie nicht ohne Grund fürchtete, daß die ins Land geschickten Emigranten die Bauern gegen den Adel aufwiegen würden, wie dies im Jahre 1846 in Galizien geschah. Sie verweigerte daher standhaft jedem Emigranten, der sich als Freiwilliger meldete, das bescheidene Reisegeld und zog es vor, für schwere Summen Franzosen anzuwerben, von denen sie keine den adeligen Privilegien verderbliche Propaganda zu fürchten hatten. Aber auch die Emigranten zeigten wenig Lust, sich an einem Aufstande zu betheiligen, dessen Leitung sich in der Hand des ihnen verhassten Czartoryski'schen Anhangs befand, und den sie daher für erfolglos hielten. Sie zogen sich daher zurück und nahmen eine abwartende Stellung ein, in der Hoffnung, daß es dem Einflusse und den Intriguen Mieroslawski's bald gelingen werde, die Czartoryski'sche Partei vom Steuer des Aufstandes zurückzubringen. Jetzt, wo diese Hoffnung in Erfüllung gegangen ist, beginnt es wieder in der Emigration sich zu regen, und mehrere Emigranten in Frankreich und England sollen sich bereits auf den Weg gemacht haben, um in die Insurgenten-Lager zu eilen. Das Gros der Emigranten soll jedoch entschlossen sein, das Frühjahr abzuwarten. Daß die revolutionäre Regierung alle Anstrengungen macht, den Aufstand bis zum Frühjahr hinzuziehen, und daß sie zu diesem Zwecke bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen hat, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel.

Der „N. P. Z.“ wird aus Warschau, 25. Oct. geschrieben: Von heute an beginnt das Laternentragen schon um 6 Uhr, und von 9 Uhr Abends, statt bisher von 10 Uhr an, darf sich Niemand mehr auf der Straße befinden. Diese Maßregel wird von Vielen sehr lästig gefunden, weil dies die einzigen freien Stunden für viele Tagesarbeiter sind; doch müssen die Unschuldigen, sofern es überhaupt Unschuldige gibt, mit den Schuldigen leiden. Heute Abend noch vor 6 Uhr wurde, trotz Mondschein, auf der Marschall- und Chmielna-Strasenecke einem wachhabenden Polizeimann ein Ohr mit einem Dolchmesser abgehauen. Auf sein Pfeifen eilten von allen Seiten die Schildwachen herbei; aber der Thäter soll im Eilmomente entkommen sein, obgleich eine Civilperson ergriffen wurde. Näheres konnte man nicht erfahren. Das Neueste von hier sind die in der vergangenen Nacht stattgefundenen und bereits gemeldeten Verhaftungen, deren Zahl 130 betragen soll, und worunter mehrere der angesehensten Bürger aller Stände. Auch dem Banquier Stanislaus Lesser war die Verhaftung zugesagt, der Offizier aber, der zu ihm kam, erklärte ihm, daß seine Eigenschaft als Generalconsul von Sachsen und Consul von Sachsen-Weimar ihn davor schütze, nach der Citadelle abgeführt zu werden, weshalb ihm nur Hausarrest auferlegt sei. Zu seiner Bewachung wurden einige Soldaten zurückgelassen. Heute früh jedoch wurde die Wache abgerufen und ihm eröffnet, daß er frei sei, die Kasselei hingegen, welche in der Nacht, da eine Revision so vieler Papiere zu lange aufhalten würde, einweisen verweigert wurde, ist es noch bis jetzt. — Der in voriger Woche ermordete Gardesoldat war keine Schildwache, er lebt zwar noch, wird aber wegen Vergiftung des Dolches kaum zu retten sein. Der Polizeimann ist an seinen vielen Wunden gestorben.

**Vermischtes.**

Der bekannte bei dem Wiener Landesgerichte in Unterhändlerstellung befindliche Professor F. A. Rosenthal, dessen Prozeß kürzlich mit Unterbrechung der gegen ihn im Zuge gewesenen Schlussverhandlung aus dem Grunde vertagt wurde, weil der Gerichtshof verurtheilt fand, eine gerichtsarztliche Untersuchung des Geistlichen Rosenthal's anzuordnen, wird gegenwärtig wöchentlich einige Male von den Gerichtsarzten besucht, die sich mit Rosenthal in längere Gespräche einlassen und es soll sich hierbei immer mehr herausstellen, daß der Verhaftete von einer strengen Idee befangen ist. Die endgültige ärztliche Entscheidung wird erst nach Verlauf eines Monats abgegeben werden.

Des Wortes an dem Uhrmacher Melichar verdächtig wurde kürzlich dem Wiener k. k. Landesgericht ein gewisser Joseph Dofschol, 36 Jahre alt, aus Desterreich gebürtig, eingeliefert. Derselbe wurde in Ungarn unter verdächtigen Umständen eingezogen und soll besten Personlichkeit mit der von mehreren Zeugen abgegebenen Personbeschreibung des Mörders Melichars in auffallender Weise übereinstimmen. Die Verdachtsgründe haben sich nicht befestigt. Der Inquisit, deßhalb gelagt, der achtzigste des Wortes an Melichar verdächtig, wurde seiner Haft entlassen. Ein Glaswes war mit der in den letzten Tagen eingelieferten Nummer 81 der Fall.

Daß die Ereignisse der modernen Geschichte nicht spurlos

an der Welt des Euf vorübergezogen, zeigt sich dadurch, daß für das Pester Nennen um den Kaiserpreis auch eine „Antioch-Woiten“ angemeldet war.

\*\* In Chemnitz hatte bei Gelegenheit der Illumination zur Feier des 18. October ein alter Bürger folgendes originelle Transparenz ausgestellt:

1813 Alles verloren,  
1863 wie neugeboren,  
Nun laßt mich aber ungeschoren!

Ringsherum war dasselbe mit einigen fünfzig Cinquartingzetteln aus dem Jahre 1813 besetzt. Der Aussteller war damals durch die Ueberlast der Cinquartierung um Hab und Gut gekommen.

\*\* Offenbach verwarf sich in einem von mehreren Pariser Journalen mitgetheilten „Eingefendet“ gegen die Zumuthung, als beabsichtige er einen gleichen Stoff wie Mozart's „Don Juan“ in Musik zu setzen. Alle hierauf bezüglichen Zeitungsnotizen beruhen auf einer Entstellung der einfachen Thatsache, daß unter den Herrn Offenbach zur Composition vorliegenden Operntexten sich auch einer befindet, der „Die Jugend des Don Juan“ betitelt ist, der jedoch, außer dem Namen, nicht die entfernteste Aehnlichkeit mit dem Da Ponte'schen Stoffe aufweist.

\*\* Der junge König Georg ist ein leidenschaftlicher Musikfreund und hat eine besondere Vorliebe für die Compositionen Anders, von dem bekanntlich in diesen Tagen ein neues Werk: „Die Braut des Königs von Garbe“ aufgeführt werden wird. Als Anker dem König Georg vorgestellt wurde, sagte ihm dieser: Sie haben also eine neue Parität vollendet? — Majestät, antwortete der Componist, ich bin leider so unvorsichtig gewesen.

\*\* Zu Gomo ist am 17. d. in Folge anhaltenden Regens ein Erdstich erfolgt, der 5 Häuser und 40 Menschen begraben hat.

\*\* Das Septemberteil der „Biblioteka Warszawska“ enthält u. A. einen Auszug des Grafen Alexander Przewozicki betitelt: „Merseburg i katedra biskupa Dymara kronikarza“ (Der Chronikschreiber Bischof Dymara und dessen Bischof Merseburg), eine polnische Uebersetzung des Vic. Hugo'schen Drama Maria Delorme von Adolf. Nat. Korzeniowski, und eine Nachricht über das Werk: Meisterrinnerungen aus den südlichen Provinzen der Republik Chile (Aranfian und ihre Bewohner), von dem Polen Jgn. Domejko, Mitglied der Chilesischen Universität und Professor des Collegiums in Coquimbo spanisch niedergeschrieben und von Joh. Janowski ins Polnische überetzt.

\*\* Die bekanntlich in Brüssel neuerdings erscheinende „La Polono“ wird von Kazimierz Urbanowski herausgegeben, über dessen Persönlichkeit die „Kronika“ nähere Aufschlüsse gibt. Derbitter polnischer Militair von 1831, als Emigrant in Paris lebend, beschloß er sich selbst den Unterhalt zu verschaffen und wurde Schmied. Durch eigene Gründung, welche die schwarze Farbe vervollkommnete, machte er seine Erzeugnisse zu den elegantesten und geschicktesten und er wurde Millionär. Als solcher verwarf er Heimath und Landeskunde nicht. So Manchem gab er die Mittel zur Rückkehr. Er auch sagte zuerst die Idee, das erwachte polnische Organ in französischer Sprache zu gründen, für welches er die nöthigen Fonds herbeigab.

### Local- und Provinzial-Nachrichten.

**Krafsau, den 29. October.**

\* Wie der „Gaz“ mittheilt, soll die herrliche Hülle des Grafen Marie Zienkiewicz, welche verwichenen Monats unter den Häuten des Bahnhofs in Grania (Weistichen in Währen) ihren Tod gefunden, dieser Tage auf Vermählung ihrer Anverwandten und nach erlangter Bewilligung der Behörden nach Krafsau übergeführt werden.

\* Laut eines aus Przemyśl in Lemberg 5½ Uhr N. M. eingelaufenen Telegramms stand am 27. d. die 3. Etage hohe Jarmakiewicz'sche Kaserne am Ringplatz dieselbst in Flammen. Weitere Gefahren waren nicht zu befürchten.

\* Bei der am 26. d. beim Lemberger k. k. Landesgericht gepflogenen Schlussverhandlung wurden wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe durch wiederholte Theilnahme an der Insurrection, nach §. 66 St. G., verurtheilt: Jacob Tymczak, 23 J. alt, Kellner, zum Kerker von 14 Tagen; Michael Goltowicz, 20 J. alt, Handelsgelehrter, zum Kerker von 3 Tagen; ferner Valerian Begrynowicz, 18 J. alt, Gymnasialschüler; Ludwig Dwozjak, 19 J. alt, Kupferstecher; Joseph Karwiczki, 26 J. alt, Lehrer — zum Kerker von 5 Tagen. — Albert Osten, 26 J. alt, ledig, aus Russisch-Polen, Eisenmacher, Anfangs im Corps Taganowski's, später in jenem des Lelewel, zuletzt als Major thätig, kam nach Galizien, um bei einem hiesigen sich bildenden Insurgenten-Corps eine Anführerrolle zu übernehmen, wurde jedoch in Lemberg verhaftet, und bei der am 26. d. beim dortigen k. k. Landesgericht gepflogenen Schlussverhandlung, nach §. 66 St. G., zum Kerker auf 6 Wochen verurtheilt.

\* Das Lemberger k. k. Strafgericht hat am 24. d. den Iraciten David Sotter wegen Störung der öffentlichen Ruhe durch 2malige Theilnahme am Aufstand zu 5 Tagen Gefängnis verurtheilt.

\* Nächster Tage findet in Lemberg eine interessante Schlussverhandlung gegen drei junge Modistinnen statt. Das Verbrechen, dessen sie angeklagt sind, ist Nachahmung öffentlicher Cinquartiere. Die Hauptanklage ist Br. Vogel's, ein 18 Jahre altes sehr hübsches Mädchen, das wegen seiner bewundernswürdigen Geschicklichkeit in Kunststücken bekannt war. Ihre Kunst führte sie zu dem Verbrechen, indem sie Fingerringe-Banetten nachmachte, und in den späten Abendstunden durch ihre ältere Schwester und eine gewisse Emilie Kantor an unerfahrene Landleute veranlassen ließ.

\* In der Sitzung des Lemberger Gemeinderathes am 22. d. wurde das Referat über das Ergebnis der letzten Heereserhebung erörtert und darin constatirt, daß diesmal die Stellung der Iraciten ein bedeutend günstigeres Resultat geliefert habe, als in früheren Jahren. Es wurde demzufolge beschlossen, den früheren Beschluß, wonach das Winterquartier erst nach dem 1. Nov. in der Stadt Lemberg zu stellenbe Contingent wie früher auf die christliche und auf die jüdische Bevölkerung repartiren zu wollen, wieder fallen zu lassen.

\* Am 24. October wurde in Lemberg die bekannte polnische Schauspielerin Fräulein Glotilde Bogdanowicz mit dem Herrn Croissé getraut.

### Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die Nationalbank macht kund: „Von der für den 30. November d. J. anberaumten Offertverhandlung zum Verkauf der Prämien im Hefes-Solanoer Constat hat es vorläufig sein Abkommen erhalten. Der Verkauf dieser Prämien wird einem später kundzumachenden Zeitpunkt vorbehalten.“

— Wie die „Gen.-Gor.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, geht der Ban der Pest-Kosonzer Eisenbahn energisch von Station, und werden bereits an mehreren Stellen rüstig die Gräben betriebe, so daß zwischen Sarban und Salgo-Tarjan bereits der Damm in der Länge von 2 Meilen steht. Bei Pest allein sind 1200 Arbeiter mit der Herstellung des Erdammes in der Richtung gegen Steinburg beschäftigt. Der Arbeiterzudrang mehr in Folge des Nothstandes täglich. Diese Bahn ist die erste öffentliche Arbeit, die den hartbedrängten Landleuten Verdienst schafft.

**Breslau, 28. Octbr.** Amtliche Notirungen. Preis für eine preuß. Scheffel d. i. über 14 Garne in Pr. Silbergr. — 5 fr. 50. — außer Agio: Weißer Weizen von 56 — 60. Gelber 55 — 62. Roggen 40 — 47. Gerste 33 — 40. Hafer 26 — 30. Gröben 48 — 55. — Wintererbsen per 150 Pfund Brutto: 186 bis 208. — Sommererbsen per 150 Pfund Brutto: 186 bis 208. — Rother Klee samen per 150 Pfund Brutto: 156 — 180. — Rother Klee samen für einen Sack (89) Wiener Pf. — preuß. Thaler (zu 1 fl. 57) fr. österr. österr. Währung außer Agio von 9 — 13½. Zehr. Weißer von 9 — 19 Zehr.

**Berlin, 27. Octbr.** Amtl. Notiz. — Sperr. Met. 67. — 1860er-Lose 86½. — National-Anl. 72½. — Staatsbahn 110. — Credit-Actien 82½. — Credit-Lose 78½. — Böhm. Westbahn 69½. — Wien 88½.

**Frankfurt, 27. October.** 5percent. Met. 64½. — Wien 103½

— Bankactien 819. — 1854er-Lose 80½. — Nat. Anl. 70½. — Staatsbahn 188. — Credit-Actien 192½. — 1860er-Lose 86½. — Anlehen v. J. 1859 82.

**Paris, 27. October.** Schlusscourse: 3percent. Rente 67.40. — 4½perc. 95.25. — Staatsbahn 417. — Credit-Mobilier 1111. — Lomb. 565. — Deft. 1860er Lose fehlt. — Piem. Rente 73.40. — Consols mit 93½ gemeldet.

**Lemberg, 27. October.** Holländer Dukaten 5.33½ Geld, 5.38 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.35 Geld, 5.39½ Wa. — Russischer halber Imperial 9.17 G. 9.26 W. — Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.75½ G. 1.77 W. — Preussischer Courant-Thaler 1.67 G. 1.68½ W. — Polnischer Courant pr. 5 fl. — G. — W. — Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Coup. 73.50 G. 74.13 W. Galizische Pfandbriefe in Coup. ohne G. 77.17 G. 77.80 W. Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 74.38 G. 75. — W. National-Anlehen ohne Coup. 81.45 G. 82.13 W. Galiz. Karl Ludwig's-Eisenbahn-Actien 197. — G. 198.50 W.

**Krafsauer Cours** am 28. October. Neue Silber Rubel-Agio fl. v. 104 verlangt, fl. v. 103 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. v. 385 verl., 379 bez. — Preuss. Courant für 100 fl. öst. W. Thaler 89½ verl., 88½ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 111½ verl., 110½ bez. — Russische Imperials fl. 9.30 verl., fl. 9.16 bez. — Napoleond'ors 9.04 verl., 8.90 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.43 verl., 5.35 bez. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 5.43 verl., 5.35 bez. — Polnische Pfandbriefe mit Coupons fl. v. 91½ verl., 90½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in öst. W. 75.50 verl., 74.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in G. fl. 79½ verl., 78½ bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 76½ verl., 75½ bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. österr. Währ. 84½ v., 80½ bez. — Aktien der Carl Ludwig's Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 199 verl., 197 bezahlt.

**Krafsau, 27. October.** Die gestrige Getreidezufuhr zur Gränze war sehr gering, Vertheilung flau, Preise fast unverändert. Hier gab es zwar heute einige Kaufleute für Oberhieseln, allein die Preise schienen ihnen zu hoch, so daß nur kleine Partien abgingen. Weizen bez. transito 24, — 25 fl. v., der schönste kaum 26½ oder 26½. Roggen fast unberührt, angeboten für 16 u. 17½. Auch Lococo-Verkauf flau. Kleine Partien für Lococobedarf bez. zu mündlich verabredeten Preisen. Hafer, Erbsen, Weizen, Bohnen in Nachfrage, Schotengattungen in kleinen Partien gesucht für spätere Ablieferung, und zwar Erbsen zur Küche 5,75 — 6 fl. v. W. Erbsen 7,25, Hafer in größeren Partien, eiltliche tanien Genieer bez. 3,30 — 3,40, abgerechnet die Consumtionssteuer. Klee mehr berücksichtigt. Kleine Partien schöner Gattung bez. 36, 38 — 39 fl. v. W. für 180 Wiener Pfund.

**Neueste Nachrichten.**

Wegen Zuguges zur Insurrection wurden bei der Lemberger k. k. Polizei-Direction am 26. d. eingebracht: Vom k. k. Bezirksamt Zolkiew 4, von jenem in Lubaczow 1, von jenem in Chodorow 1 Individuum.

Dem „Gaz“ zufolge, fiel am 25. d. ein neues Gefecht bei Ruznica unweit Koniecpol (Gouv. Radom) vor. Ohne einen entscheidenden Kampf mit der russischen Uebermacht anzunehmen, habe sich, den Angriff zurückweisend, das hier kämpfende polnische Corps zurückgezogen nach einem Verlust von etlichen Tödteten 12 Verwundeten und 6 Gefangenen. Ueber Chmielniski heißt es im „Gaz“, daß er nach dem für ihn günstigen Gefecht in Oksa am 20. d. und der Niederlage eines seiner Trupps in Kosow am 21. Nachts, dem Princip des Guerillakrieges getreu, um einen Zusammenstoß mit den gegen ihn concentrirten bedeutenden russischen Streitkräften zu vermeiden, wieder wie schon öfter sein Corps in mehrere Theile getheilt und sich schnell anderswo begeben, so daß er die weitere russische Expedition vereitelt.

Dem „Dzien. nar.“ zufolge hat der Insurgenten-Oberst Bosak (Pseudonym) das Obercommando im Krafsauischen und Sandomir'schen schon übernommen. Der Markgraf Wielopolski hat sich von Berlin nach Lachen begeben.

Der dem „Dzien. pow.“ zugekommene Bericht des Generals Uszakov lautet: Die Insurgentenschaa, von 1000 Mann Infanterie und 300 Mann Cavallerie, die unter Anführung Czachowski's in Galizien sich formirte, setzte am 20. d. bei Tagesanbruch bei dem Dorfe Osiek (im Sandomir'schen Kreis) über die Weichsel und hatte an demselben Tage ein Zusammenstreffen mit 2 Compagnien des Haliczzer Infanterie-Regiments; und am 21. d. wurde sie bei dem Dorfe Surkowie von 6 Compagnien des Haliczzer u. Smolensker Infanterie-Regiments u. 1 Escadron Dragoner (also nicht von 20 Rotten wie polnische Blätter angeben) angegriffen. Die Infanterie der Insurgenten wurde fast gänzlich aufgehoben, 150 Mann wurden gefangen genommen, Czachowski entkam mit der Cavallerie in der Richtung nach Iksa. Die Insurgentenschaa bestand aus Galiziern, Franzosen und Italienern, die mit gezogenen Gewehren bewaffnet waren und über 3 Monate in Galizien sich im Waffenhandwerk übten. Die Verluste des Militärs nach zweitägigem hitzigem Gefecht sind an Getödteten 28 und an Verwundeten, darunter viele mit Bayonettschlägen 77. Unter den Verwundeten befinden sich 2 tapfere Offiziere vom Haliczzer Regiment, der Stabscapitän Pleskaczewski, der schwer, und Gulojew, der leicht verwundet ist. Das ganze feindliche Lager wurde erbeutet.

Der „Dzien. pow.“ bringt eine Erklärung des Priors des Augustiner Klosters hochw. Pawlowski, in welcher die durch die Geheimjournale verbreitete Nachricht, daß die in verschiedenen Klöstern einquartirten russischen Soldaten während des Gottesdienstes namentlich im Augustinerkloster, sich Unanständigkeiten zu Schulden kommen ließen, als eine schamlose Lüge und Verleumdung bezeichnet wird. Ein solcher Fall, schreibt derselbe, ist während ihrer Cinquartierung in dem jetzt erwähnten Kloster nicht vorgekommen und die in die Kirche eintretenden Soldaten hatten sich stets auf das Anständigste, wie es jedem Christen geziemt, benommen.

— Mittheilung des Reichsraths zum Gesammtreichsrath, der Ermächtigung Sr. Majestät des Kaisers vom 1. Mai 1862 zufolge, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz einzubringen.

Staatsminister v. Schmerling erklärt, die Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten zu wollen.

Folgt Uebergang zur Tagesordnung. Gegenstand: Bericht des Finanzausschusses über den Staatsvoranschlag für 1864 für das Staatsministerium. Abtheilung: Politische Verwaltung.

Da sich zur Generaldebatte kein Redner meldet, wird sogleich zur Specialdebatte geschritten.

1. Tit. Centralleitung. Die Centralleitung beansprucht 651.724 fl. gegen 687.951 fl. im Vorjahre oder 36.227 fl. weniger. Trotzdem ist der Personalstand vermehrt worden. Von dieser Summe entfallen 610.590 fl. auf den ordentlichen und 41.134 fl. auf den außerordentlichen Aufwand. Sonach beträgt das 12monatliche Erforderniß 651.724 fl. Auf die Monate November und December 1864 kommen 95.864 fl.; für die Gesamtperiode also 747.588 fl.

2. Tit. Kosten des Reichsgesetzblattes. Für das Reichsgesetzblatt wurden bisher gefordert 33.460 fl., jetzt für 12 Monate 27.826 fl. und für die beiden anderen Monate 4.638 fl., zusammen also 32.464 fl. (Wird ohne Debatte angenommen.)

3. Tit. Generalinspektion der Gensdarmen. Im Vorjahre waren 49.206 fl. bewilligt; jetzt werden 49.189 fl., also 117 fl. weniger gefordert. Die Staatsregierung hat in diesem Jahre Ersparungen im Betrage von 2771 fl. 80 fr. beantragt, welche angenommen werden; dagegen hat sie Bezüge, die im vorigen Jahre für entbehrlich erklärt wurden (besonders die Functionsvorlagen beim Generale, den Stabsoffizieren und dem Mittelmeister) im Betrage von 2296 fl. wieder angelegt. Diese letzteren werden nur zum geringsten Theil bewilligt; der größte Theil wurde bis zur Berathung des Militärbudgets aufgeschoben. Der Ausschuss beantragt sonach, für die 12 Monate 45.843 fl., für die beiden andern 6189 fl., zusammen 52,032 fl. zu bewilligen (Titel 3 wird angenommen.)

4. Tit. Akademie der Wissenschaften. Es wird beantragt, wie im Vorjahre, 63.000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

5. Tit. Geologische Reichsanstalt. Es wird beantragt, die Summe des Vorjahres, 39.060 fl., zu bewilligen. (Angenommen.)

6. Tit. Politische Verwaltung in den Kronländern. Im Vorjahre wurden 9,962.559 fl. bewilligt; jetzt werden 10,114.081 fl. also 151.522 fl. mehr verlangt. Dieses Mehrerforderniß wird wesentlich dadurch herbeigeführt, daß bei sechs Länderstellen Baudepartements mit einem Kostenaufwande von 144.188 fl. errichtet wurden, welches aber bei den Baubehörden (9. Titel) wieder in Ersparung gebracht wird und somit in der Gesamtaufgabe eigentlich keine Veränderung begründet. Mit einigen Modificationen beantragt der Ausschuss für das Jahr 1863 10,109.686 fl., für die zwei Monate 1,723.954 fl., zusammen also 11,833.640 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

7. Tit. Strafanstalten. Es werden 1,657.448 Gulden, gegen das Vorjahr mit 1,574.248 fl., also um 85.200 fl. mehr gefordert. Die Summe wird begründet mit der Wiedererrichtung einer Strafanstalt in der Karla bei Graz für 300—400 Sträflinge und der Erhöhung der Regiekosten, die sich auch durch die Zunahme der Zahl der Sträflinge steigerte; die selbe beträgt 10.452, also 649 mehr als im Vorjahre. Mit Hinblick auf die bereits bei dem Voranschlage für 1862 ausgesprochenen Wünsche und ihre bisher unterbliebene Berücksichtigung beantragt der Ausschuss, die pachtweise Ueberlassung der Strafanstalten an weibliche geistliche Orden aus finanziellen und administrativen Gründen für zweckwidrig zu erklären und die Regierung aufzufordern, die desfalls bestehenden Verträge mit sofortiger Benützung der Kündigungsfristen aufzulösen, jedenfalls aber ablaufende nicht wieder zu erneuern, neue aber, in keiner Weise mehr abzuschließen. Schließlich beantragt der Ausschuss, die geforderte Summe, sowie für die zwei Monate 278.723 fl., zusammen also 1,936.171 fl. zu bewilligen.

An der Debatte über diesen Titel betheiligten sich Schindler, Dr. Berger, Graf Kuenburg, Minister Kaiser. Letzterer weist die principiellen Bedenken des Ausschusses gegen die Verwaltung geistlicher Orden zurück. Die Ausnahmestände werden angenommen, desgleichen der Wunsch Berger's, auf eine Reform des Gefängniswesens hinzuwirken. Titel 8 und 9 werden ohne Debatte angenommen. Nächste Sitzung morgen.

**Lemberg, 28. October, 9 Uhr Abends.** (Gaz.) Der Landesgerichtsrath Kuczyński wurde heute Abends um 7½ Uhr in der Nähe seiner Wohnung durch einen Dolchscherm ermordet. Der Mörder ist entkommen.

**Warschau, 28. October** (über Wien). Das Tragen der Trauerkleider wird vom 10. November angefangen unter Androhung von Geldstrafen verboten. Die Beamten verlieren ihr monatliches Gehalt. Die Trauer für Verstorbene ist erlaubt.

**Newyork, 17. Oct.** General Lee besetzte das alte Schlachtfeld von Bull-Run. Meade sandte die Bagage nach Alexandria und nahm bei Centerville seine Stellung. Es heißt, Präsident Davis übernimmt bald das Commando über die Armee Bragg's.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angewonnenen und Abgereisten vom 28. October.

Angewonnen sind die Herren Gutsbesitzer: Radzianski Gf. Ostrowski aus Polen. Adolph Bukowicki aus Polen. Ludwig Bajer aus Polen. Eduard Bischof, k. k. Minist.-Rath, a. Wien. Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Eduard Homolag nach Galizien. Michael Grolowski nach Wien. Maurizius Gf. Zahoski nach Homolag. Alexander Dr. Lewartowski nach Galizien. Wilhelm Homolag nach Galizien. Joseph Lehr, k. k. Hofrath, nach Lemberg.



